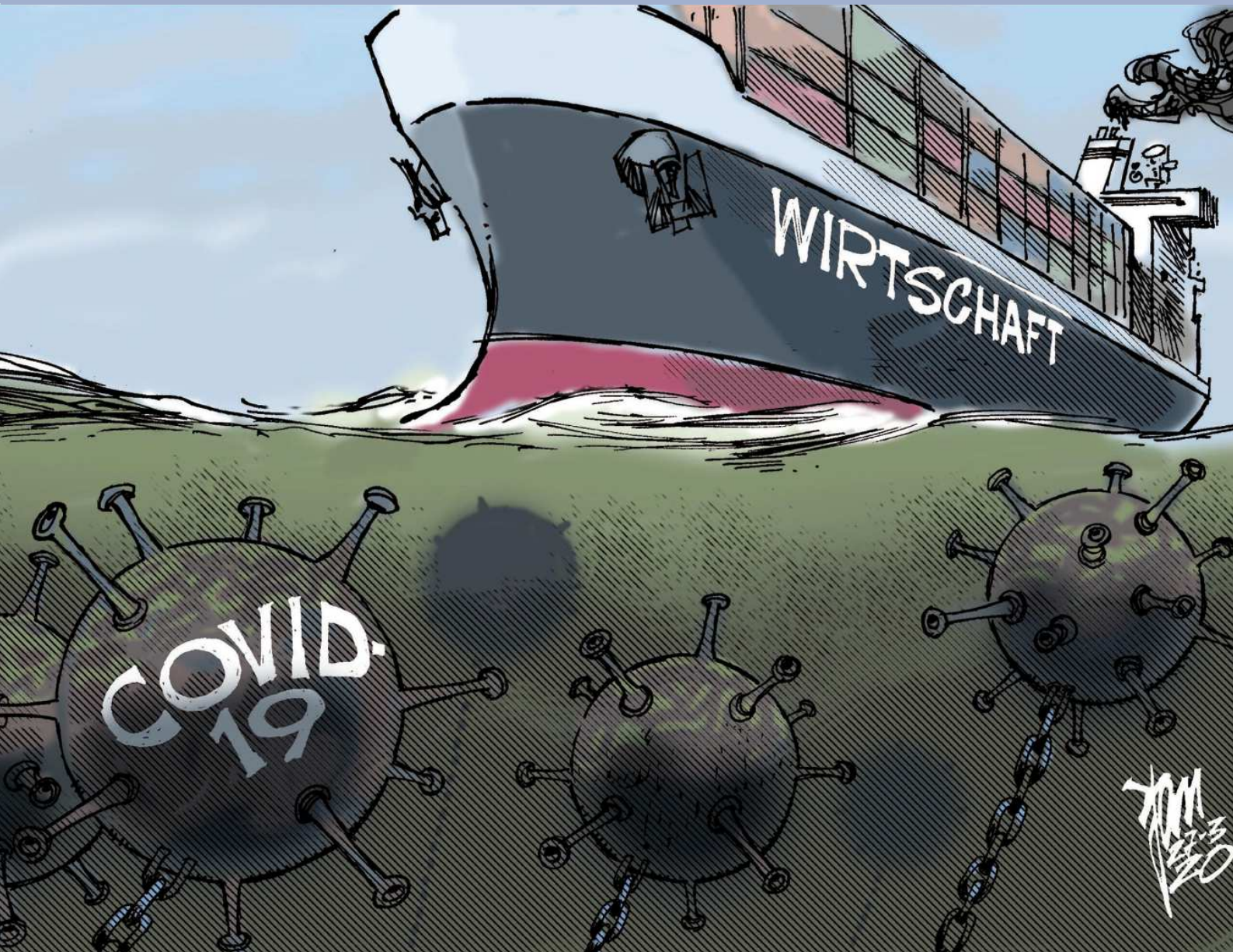


SOLIDARITÄT, TRANSPARENZ, VERANTWORTUNG ... UND FREIHEIT!
HANDLUNGSBEDARF UND FOLGERUNGEN AUS DER CORONA-PANDEMIE



Argumente
zu Marktwirtschaft
und Politik

Nr. 149 | April/Mai 2020

Michael Eilfort

SOLIDARITÄT, TRANSPARENZ, VERANTWORTUNG ... UND FREIHEIT! HANDLUNGSBEDARF UND FOLGERUNGEN AUS DER CORONA-PANDEMIE

Michael Eilfort

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 149

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 03

- I** Einleitung 04
- II** Notfallprogramm 05
- III** Konjunkturprogramm 07
- IV** Strukturprogramm 08
- V** Ausblick: Zehn Folgerungen aus der Corona-Krise 10
 - 1** Kein Zurück zu „alter Normalität“ der Vor-Krisenzeit 10
 - 2** Sicherheit nur durch Absicherung ist eine Illusion 10
 - 3** Die Kirche bleibt im Dorf 11
 - 4** Beurlaubung der Bürgerrechte? 12
 - 5** Politik ist handlungsfähig 13
 - 6** Föderale Bewährung!? 14
 - 7** Ein Lob der Bürokratie 15
 - 8** Gesellschaftliche Spaltung verstärkt: Verlierer U45 16
 - 9** Sozial geht auch ohne Staat 17
 - 10** Europa und „Solidarität“ 18

Zusammenfassung 20

© 2020

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 206057-0
Telefax: +49 (0)30 206057-57
info@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612 – 7072
Titelbild: © Jürgen Janson



Die Publikation ist auch über den QR-Code
kostenlos abrufbar.

Vorwort

„In der Not wächst das Rettende auch!“

Friedrich Hölderlin

Bei aller Trauer über menschliche Verluste und bei aller Betroffenheit von wirtschaftlichen Schäden bleibt ein Positivum, das gar nicht oft genug ausgedrückt werden kann und hier voranstellen soll: In der Krise hat sich Großes gezeigt und wird so viel Gutes getan. Respekt und Dank gebühren

- all den Menschen, die Verantwortung übernommen und soweit möglich ihre Pflicht getan, die Solidarität gezeigt, Rücksichten genommen, Abstand gehalten, in Zeiten empfohlener physischer Kontaktvermeidung Kontakte verantwortungsvoll gepflegt und neue Kommunikationswege genutzt, Nachbarn und Freunden geholfen und Kinder unterrichtet haben,
- besonders denjenigen Berufsgruppen, die unter schwierigeren Umständen noch mehr leisten mussten und dem Ansteckungsrisiko dabei weniger ausweichen konnten als andere,
- den Unternehmern, Unternehmen und Gewerkschaften, die verantwortungsvoll reagiert und vielerorts neue Wege eingeschlagen haben,

- Parlamenten und Regierungen in Deutschland, Verantwortlichen in Landkreisen und Kommunen, die entschlossen agiert haben. Staat und Verwaltung haben sich in der Bedrohungslage als stark und handlungsfähig erwiesen. Die Menschen waren und sind mit ihren Sorgen nicht allein.

Unser Gemeinwesen hat sich im Angesicht der Krise bewährt, unsere Gesellschaft gute Seiten an sich selbst (wieder-)entdeckt. Diese Eindrücke und positive Botschaft sollten auch über Corona hinaus Wirkung entfalten können. Und das „Home-Office“, ob Quarantäne-bedingt oder nicht, eine neue und auch gute Erfahrung für viele bleiben – ohne dieses gleich wieder gesetzlich regulieren, als „Recht“ verankern und flächendeckend ausrollen zu müssen.

Michael Eilfort

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft

Bernd Raffelhüschen

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft

Karikatur: Heiko Sakurai



I Einleitung

Wie geht es weiter? Welche Schlüsse können aus dem bisherigen Verlauf einer Bedrohung gezogen werden, die so vieles weitreichender verändert hat, als dies bis vor kurzem vorstellbar schien? Zu Corona und den Folgen ist schon vieles gesagt und geschrieben worden. Lange Zeit mit einer fast einhelligen Stoßrichtung, was man als breite Übereinstimmung begrüßen, in einer freiheitlichen Demokratie aber auch als bedenkliches Signal werten kann.

Es wirft durchaus Fragen auf,

- wenn noch so tatkräftige Regierungen Alternativlosigkeit propagieren und eher verlautbaren als begründen,
- wenn Parlamente kaum kontrollieren können,
- wenn die „vierte Gewalt“ lange Zeit allzu geschlossen mitläuft,
- wenn Freiheit und Bürgerrechte teils drastisch eingeschränkt werden,
- wenn eine bestimmte Auffassung von Gesundheit(sschutz) und Leben(sverlängerung) absolut gesetzt wird und eine Debatte darüber unterbleibt, ob dabei andere gesundheitliche Belange und anderes Leben gefährdet sind,
- wenn der Staat gleichzeitig Gesundheit, Sicherheit für Arbeitsplätze, Einkommen, Wohnen, Unternehmen und auch für Länder und Kommunen verspricht,
- wenn das Retten keine Obergrenzen und keine Voraussetzungen kennen soll.

Es sind **Fragen zur Wertschätzung und Verlässlichkeit von Freiheit, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft**, zur richtigen **Balance zwischen gesundheitlichem, seelischem und materiellem Wohl** der Menschen in allen Altersgruppen. Bei der Eindämmung der Pandemie sind **Erfolge erzielt worden, die aber ihren Preis hatten und haben (werden)** – weit über fiskalische Fragen hinaus.

Über diese Fragen und Preise zu diskutieren, scheint nicht so auf der Hand zu liegen wie anderes. Noch steht für viele Unternehmen und Arbeitnehmer drängende wirtschaftliche Not im Vordergrund, für viele Menschen die Erwägungen, wie in Kindertagesstätten und Schulen verfahren wird, aber eben auch, welche Freizeit- und Reiseaktivitäten zuerst betrieben, welche kulturellen und gastronomischen Genüsse zuerst zugelassen werden und wann wieder „Normalität“ einkehrt.

Noch lassen sich die nun eingegangenen finanziellen Lasten in die Zukunft wegschieben, ohne über Gegenfinanzierungen und Tilgungen zu sprechen. Noch werden auch Missbrauch von Hilfsleistungen oder mit ihnen verbundene Fehlanreize und Mitnahmeeffekte ebenso selten thematisiert wie möglicherweise mangelnde Vorbereitung öffentlicher Einrichtungen oder anfänglich zu langsame politische Reaktionen sowie spätere Fehler und Überreaktionen. Man sollte allen Handelnden angesichts eines vor allem im Ausmaß neuartigen externen Schocks die enorme Unsicherheit, unter der Entscheidungen getroffen werden mussten, das Fehlen von Erfahrungswerten und verlässlichen Informationen zugutehalten, wenn man, so oder so, bald manches besser weiß.

Manches könnte man aber jetzt schon besser machen und damit beginnen, absehbar Notwendiges zu gestalten. Deshalb werden in dieser Publikation auch Aspekte aufgegriffen, die bislang vielleicht zu wenig beleuchtet wurden. Antizyklische Ansichten und Frühwarnungen sind besonders dann wichtig, wenn sie kaum jemand hören mag.

II Notfallprogramm

In der Zeit des größten Verzichts, sehr weitgehender Einschränkungen und besonderer gesundheitlicher Sorgen vor allem in den Monaten März und April 2020 sollten drängende wirtschaftliche Nöte gelindert, irreparable wirtschaftliche Schäden nach Möglichkeit verhindert und Zeichen gesetzt werden: Das beschlossene massive Notfallprogramm des Bundes und auch Programme der Länder und der Europäischen Union in kaum vorab zu definierender Höhe und Dauer waren insgesamt und im Grundsatz richtig.

Manche Maßnahmen sind geeigneter als andere, teilweise wurde auch schnell adjustiert. Teuer sind fast alle Maßnahmen. Die realen ökonomischen Kosten der Corona-Krise lassen sich nun einmal nicht wegdefinieren. Diejenigen, die die Rettungsinstrumente entschlossen auf den Weg gebracht haben und bemerkenswert schnell umsetzen, werden hoffentlich ebenso schnell die zielführenden von den weniger sinnvollen unterscheiden und die Gesamtkosten nicht aus den Augen verlieren. Auf eine Einzelbewertung der Fördermaßnahmen für potentiell alle Wirtschaftenden soll an dieser Stelle verzichtet werden – angesichts der im Übergang vom „Shutdown“ zu einer zaghaften Öffnung immer lauterem Rufe nach besonderen Gaben für eine jeweils besondere Klientel aber nicht auf einen Katalog von Kriterien, an dem sich alle Beschlüsse messen lassen sollten:

- Ein **Notfallprogramm bleibt ein Notfallprogramm, das heißt: Alle Hilfen sind zeitlich zu begrenzen, alle Maßnahmen mit einer Exit-Strategie zu versehen** – aus Rettung darf nicht bleibende Alimentation, Subvention oder gar Beteiligung werden, aus situativ nicht dauerhaft, aus konjunkturell nicht strukturell. Es gilt, neue Fehlanreize und dauerhafte Abhängigkeiten zu vermeiden.
- Klare Befristungen und Exit-Strategien sind von besonderer Bedeutung bei möglichen, besser stillen als direkten, Staatsbeteiligungen an Unternehmen. Die seit der Bankenkrise 2008 fortbestehende Teilverstaatlichung der Commerzbank ist ein mahnendes Beispiel – und der Staat nicht der bessere Unternehmer.
- Hilfsmaßnahmen sind selbstverständlich möglichst zielgenau zu differenzieren – Konzerne, Familienunternehmen, Handwerker und (Solo-)Selbständige können nicht pauschal und einheitlich behandelt werden. Eine Differenzierung kann z.B. sinnvoll sein nach Rechtsform, Zahl betroffener Arbeitsplätze, Geschäftsentwicklung. Eher zu hinterfragen – sofern sich die „Krisenbetroffenheit“ nicht grundsätzlich unterscheidet – ist aber eine Differenzierung nach Art der Produkte oder Dienstleistungen. **Unterstützung sollte im Bedarfsfall grundsätzlich**

Karikatur: Harm Bengen



- allen in der jeweiligen Kategorie offenstehen**, strukturelle Veränderungen oder weitere Erleichterungen wie z.B. ein befristetes Sonderinsolvenzverfahren sollten allen zugutekommen können.
- Wertschöpfung ist ein ökonomisches Ziel, keine normative Vorgabe nach politischem Gutdünken – es gibt keine guten oder schlechten, grüne oder schwarze Unternehmen, sondern erfolgreiche oder weniger erfolgreiche. **Corona-Folgen nur selektiv zu bekämpfen oder Hilfen zur Steuerung der Wirtschaft zu missbrauchen, wäre kein „Green Deal“, sondern ein schlechter Deal.** Das Steuerrecht bietet z.B. über ausgeweitete Verlustverrechnungsmöglichkeiten Spielraum für übergreifende Hilfen, die – anders als viele direkte Hilfen – nicht zu Verwerfungen oder Abgrenzungsfragen führen. Kontraproduktiv wäre jede Form von Steuererhöhung zur Finanzierung der Krisenkosten, da dadurch schon bestehende steuerliche Nachteile deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb noch vergrößert würden.
 - (Nicht-)Einflußnahme des Staates auf die Ausrichtung von Unternehmen, die staatliche Unterstützung erfahren, ist das eine. Staatliche Unterstützung zur Krisenbewältigung in Unternehmen mit Maßnahmen gegen ein business as usual bei Zahlungsflüssen zu verbinden, das andere: **Hilfsmaßnahmen in Form von Transfers und dem Kurzarbeitergeld über praktisch kostenlose und weitgehend oder ganz staatlich besicherte Kredite bis hin zu Staatsbeteiligungen auf der einen Seite und Aktienrückkäufe, Dividenden, Boni sowie andere Gratifikationen an (leitende) Mitarbeiter auf der anderen Seite sollten sich ausschließen.**
 - Mittelfläßen im Rahmen kurzfristiger Rettungs- und Erhaltungsprogramme hat nach dem Abflauen der akuten Krise eine **Überprüfung der Verwendung mindestens in Form von Stichproben** zu folgen. Bei offensichtlichem Missbrauch müssen im Fall nicht rückzuerstattender Hilfen Ansprüche gestellt werden können bzw. Sanktionen erfolgen.
 - **So schnell wie möglich sind bei allen unterstützenden Mittelfläßen wieder Bedarfsprüfungen einzuführen bzw. zu intensivieren**, ebenso die betreffenden Summen zurückzuführen und die Eigenanteile und/oder Zinssätze bei Krediten zu erhöhen, um die Anreize für reine Mitnahmeeffekte zu verringern.
 - **Sonderprogramme für einzelne Branchen sind abzulehnen** – eine Wiederholung der „Abwrackprämie“ über die schon laufenden Subventionen für Elektromobi-

lität hinaus wäre ebenso ein Fehler, wie es der vom Koalitionsausschuss Ende April beschlossene (wirklich nur befristete?) ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent für Nahrungsaufnahme in Hotels und Gaststätten ist. Um beispielhaft bei Letzteren zu bleiben, weil damit auch der **Pandemie-Opportunismus** begann: 2010 hat der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Hotelübernachtungen erreicht, mit den bekannten politischen Folgewirkungen und Frühstücksproblemen. Begründung damals: Es ginge um Arbeitsplätze, Investitionen und Preissenkungen, um z.B. in Bayern mit Österreich konkurrieren zu können. Seitdem sind zehn Boom-Jahre vergangen: ohne Preissenkungen. Und in der ersten, wenn auch heftigen Krise wurde schon nach wenigen Tagen wieder eine Subvention à la carte gefordert? Soll nun im Mövenpick-Hotel nach der Übernachtung auch das gleichnamige Eis als eine Art systemrelevantes Grundnahrungsmittel nurmehr mit 7 Prozent Mehrwertsteuer belegt und die Marge ebenfalls eingestrichen werden? Als eine Große Koalition mit Finanzminister Franz-Josef Strauß 1968 in Deutschland die Mehrwertsteuer als Verbrauchsteuer einführte, wurde die Maßgabe verkündet, dass sowohl Erhöhungen als auch Senkungen des Tarifs an Verbraucher weiterzugeben seien. Erst durch die Hinnahme des Einbehalts der Mehrwertsteuermarge durch die Hotels nach 2010 und jetzt **durch das Ausbleiben jedweder Forderung auf Preissenkungen in der Gastronomie zeigt sich das offene Einverständnis mit dem Betrug am Verbraucher und Steuerzahler:** Solche Regelverletzungen sollten nicht Schule machen. Natürlich verdienen Gastronomiebetriebe Unterstützung in der Not – aber bitte mit den gleichen Instrumenten wie andere Betriebe. Ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz nützt übrigens kurzfristig den Hotels und Gaststätten in Zeiten, in denen sie keine oder verminderte Einnahmen erzielen, wenig(er). Das weiß natürlich auch die Dehoga – weshalb sie, schon nachvollziehbarer, parallel zur Mehrwertsteuersenkung zusätzlich einen Rettungsfonds reklamierte.

- Auch in anderen Fällen wird die Pandemie zur Durchsetzung vorher aus gutem Grund nicht zum Zug gekommener Forderungen genutzt. Doch **wenigstens beim BAföG**, einer staatlichen Leistung, für die auch das Subsidiaritätsprinzip gilt, **ist die Bundesregierung standhaft:** Sie hilft in der Krise u.a. mit zinslosen Darlehen, verteilt aber keine Geschenke mit der Gießkanne.

III Konjunkturprogramm

Der Koalitionsausschuss Ende April 2020 beendete in gewisser Weise die „Notfallphase“ der Corona-Krise, in der die Große Koalition die großen Linien im Blick behielt und verantwortungsvoll im Sinne des großen Ganzen agierte. Der Sündenfall bei der Gastronomie-Mehrwertsteuer und die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, einer Versicherungsleistung, an der nun nach politischem Gutdünken und mit dünner Begründung gedreht wird, markieren die **Rückkehr der Bundesregierung zum Klein-Klein der Klientelpolitik und des „Wer hat noch nicht, wer will noch (mal)?“**. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Befristung der Maßnahmen auf den 30.06.2021 im einen und 31.12.2020 im anderen Fall nicht nur als formal erweist. In der politischen Logik gibt es schwerlich ein Zurück und zumindest bei der Aufnahme gastronomisch aufbereiteter Nahrung steht die Forderung nach einer Weiterführung schon im Raum.

Wie man in das Mehrwertsteuerdickicht hineinruft, so schallt es inzwischen aus den Büschen und vielerlei anderen Wäldern heraus: Jeder will etwas haben von dem Geld, das gerade so offensichtlich locker sitzt – **Eigenverantwortung wird klein-, die Sozialisierung neuer und nebenbei auch vieler alter Risiken großgeschrieben**. Auch deshalb müssen die Regierungen wieder kritischer begleitet und politisch mehr gestritten werden. Das gilt insbesondere für den zweiten Schritt beim Weg aus der Krise – einem **Konjunkturprogramm als Initialzündung, das die weitere Öffnung begleiten und möglichst schlüssig mit dem Notfallprogramm verzahnt** sein sollte. Eine über die Notfallmaßnahmen hinausgehende starke zusätzliche Verschuldung sollte bei der Finanzierung des Konjunkturprogramms eher vermieden werden. Helfen könnte dabei, Prüfungen und vielleicht Rückforderungen aus den ersten Maßnahmen zu intensivieren und zudem klare Schwerpunkte zu setzen: Deutschland braucht, in und nach dieser Krise allemal, ein **Moratorium bei neuen Belastungen**, insbesondere auf der Ebene des Sozialstaats. Die Grundrente ist, jenseits der systematischen Bedenken, der Fehlanreize sowie der verfassungsrechtlichen und praktischen Pro-

bleme bei der Einkommensprüfung, fiskalisch noch deplatzierte als sie es schon vor Corona war. Ebenso muss gefragt werden, ob es ökonomisch und politisch besonders klug war, dass die Bundesregierung in den Tagen des maximalen Stillstands, als schon für Millionen Kurzarbeit beantragt war und Hunderttausenden die Arbeitslosigkeit drohte, unverdrossen beschlossen hat, zum 1. Juli im Rahmen der in normalen Zeiten üblichen Systematik die Renten stark anzuheben.

Mindestens diejenigen, die all das bezahlen sollen, dürfen erwarten, dass nicht nur gerettet und unterstützt, sondern auch auf neue Chancen gesetzt wird. Ein Konjunkturprogramm sollte bei massiven Investitionen in analoge und digitale Infrastruktur beginnen und kann bis zur Stärkung der Binnennachfrage reichen. Letzteres allerdings nicht mit Helikoptergeld oder Gutscheinen und einem Verständnis von Konsumenten, die auf staatlichen Knopfdruck und mit „Geschenken“, die man ihnen an anderer Stelle aus der Tasche gezogen hat, schön kaufen sollen. Besser wäre es, mündigen Bürgern mehr Spielräume zu lassen.

Konjunkturelle Stimulation darf nicht zu strukturellen Programmen gerinnen, muss grundsätzlich möglichst allen offenstehen und darf allenfalls dann bleibenden Charakter haben, wenn sich Maßnahmen auch strukturell in ein stimmiges Bild fügen (z.B. Steuerentlastungen durch Dämpfung des Progressionsverlaufs). Damit ist der entscheidende Bereich der Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen bereits berührt.



IV Strukturprogramm

Das langsame Herunterfahren der Notfallmaßnahmen und die Aktivitäten zur Belebung der Konjunktur sind zu begleiten vom langfristig wichtigsten Schritt: einem Strukturprogramm. Ohne diesen Schritt werden alle anderen ein Strohfeder bleiben! Dieses Strukturprogramm soll zum einen dazu beitragen, Deutschland nach den schweren Rückschlägen der Corona-Krise ökonomisch wieder zurückzubringen, zum anderen vor allem die Grundlagen schaffen für eine neue lange Phase nachhaltigen Wachstums und gesicherten Wohlstands. Deutschland sollte sich nichts vormachen: Auch ohne die aktuelle Krise und ihre Folgen stünde es um den Standort nicht zum Besten und waren auch schon die konjunkturellen Vorzeichen eher negativ. Schließlich war das magerere 0,6-Prozent-Wirtschaftswachstum aus dem Vorjahr der zweitschlechteste Wert aller EU-Staaten. Was brauchen wir?

- **Vorfahrt für Bildung, Chancengerechtigkeit und Aufstieg.** Gerade aufgrund des demographischen Wandels und angesichts der absehbaren technologiegetriebenen Veränderungen am Arbeitsmarkt gilt es, niemanden zurückzulassen. Deutschland benötigt, neben dem in der Krise offenkundig gewordenen Mangel an digitalen Möglichkeiten im gesamten Bildungswesen, eine stärkere Fokussierung von Bildungsausgaben auf den vorschulischen Bereich („was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“), in dem leider zu oft sozialer Status frühzeitig zementiert wird. Verschärft wird diese Situation derzeit noch durch den krisenbedingten Ausfall von Förderung in Kita und Schule.
- Innovationen für ein alterndes Land, dessen Rohstoffe nach wie vor nicht in den Böden, sondern in den Köpfen liegen. Wir brauchen einen Mentalitätswandel, um unsere **Innovationsfähigkeit zu verbessern: weg von der Betonung von Risiken, hin zu mehr Aufgeschlossenheit für Neues.** In den Bildungssystemen sollten mehr Freiräume und Anreize für dezentrales Experimentieren und Innovationen ermöglicht werden. Es müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die hervorragenden Ergebnisse der Grundlagenforschung in marktreife und erfolgreiche Produkte umzusetzen. Dazu bedarf es eines Bekenntnisses zu techno-

logieoffener Forschung und Entwicklung, größerer Hilfen und Erleichterungen für universitäre Ausgründungen sowie für Startups, z.B. schnellere Abschreibungen, Verbesserung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten und Entlastung von Steuer-Bürokratie in der Gründungsphase.

- Ein entschlossenes Angehen der Digitalisierung auch von staatlicher Seite. Die Erwartung, die Erfahrungen aus der Corona-Krise könnten hier einen Schub geben, wird sich nicht von allein erfüllen, „Bedenkenträgermentalität“ nach Abflauen der Pandemie nicht von selbst größerem Willen zum Ergreifen von Chancen weichen. Jahrelange **Versäumnisse bei der Digitalisierung der staatlichen Aufgabenerfüllung – nicht zuletzt im Gesundheitsbereich – sind aufzuholen. Regulatorische Freiräume sind zudem dort zu schaffen, wo Wettbewerb, Innovation und neue Geschäftsmodelle behindert werden** – sei es bei der Arbeitszeit, der Personenbeförderung oder dem Versand rezeptpflichtiger Medikamente.
- **Ermutung zur Eigenverantwortung, Stärkung von Leistungsanreizen und -gerechtigkeit**, die sich auf allen Ebenen rechnen: Von A (wie Altersvorsorge und Äquivalenz in der Rentenversicherung) über F (revitalisierter Föderalismus mit mehr Subsidiarität, Transparenz und Wettbewerb – sowohl in Deutschland als auch in der EU) und N (Nachhaltigkeit im Hinblick auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen wie auf öffentliches Haushalten und Generationengerechtigkeit) bis Z (zu versteuerndes Einkommen insgesamt eher weniger belasten und vor allem die leistungsfeindliche Progressionskurve abmildern).
- **Eine Reform der Unternehmensbesteuerung in Höhe (maximal 25 Prozent Belastung) und Struktur** (Rechtsformneutralität, Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen von Körperschafts- und Gewerbesteuer, Vermeidung ertragsunabhängiger Besteuerungselemente, neue und stabilere Form der Kommunalfinanzierung auch als Beitrag zur Entflechtung der

Finanzierung der föderalen Ebenen). Eine liquiditätsschonende Ausweitung der Möglichkeit zur Umstellung in der Umsatzsteuer von Soll- auf Ist-Besteuerung könnte schnell von großem Nutzen sein. Einfach ins Werk zu setzen wäre eine **stark erweiterte Möglichkeit zur Verrechnung aktueller Verluste mit früheren Gewinnen**, die kurzfristig am meisten helfen und gleichzeitig langfristig-strukturell die richtigen Anreize setzen würde. Wichtig wäre auch, die bestehenden **steuerlichen Benachteiligungen von Eigenkapital im Vergleich zu Fremdkapital abzubauen** und damit höhere Eigenkapitalquoten attraktiver zu machen. Letztere würden die Widerstandsfähigkeit von Unternehmen in zukünftigen Krisen erhöhen und sie weniger abhängig von staatlicher Rettung machen.

- Die überfällige **Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer** auf einen Satz von knapp haushaltsneutralen 16 Prozent auf alle Produkte und Dienstleistungen würde auch dazu führen, die Mehrwertsteuer **weniger zum Spielball von Partikularinteressen** zu machen. Mit einer angekündigten Erhöhung auf 17 Prozent zum 1.7.2021 wäre zum einen ein Beitrag zur Gegenfinanzierung der Hilfen erfolgt, zum anderen – dies funktionierte bereits vor der Erhöhung 2007 – ein **Anreiz, Konsum vorzuziehen**. Sozial wäre der Wegfall des ermäßigten Satzes (auch für Jakobsmuscheln, Taxifahrten) weit weniger bedenklich als gemeinhin behauptet: Grundsicherungsempfänger sind ohnehin nicht berührt. Eine im ungünstigen Fall entstehende Mehrbelastung von unter 1,5 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens ließe sich gegebenenfalls mit gezielten Maßnahmen abfedern und begründet keine Branchensubventionen und Sondertatbestände.
- Korrekturen bei der Energiewende z.B. in Form einer **technologieoffenen und ideologiefreien Ausgestaltung der Transformation zu einer CO2-armen Wirtschaft**. Eine staatliche Vorzugsbehandlung einzelner Branchen und Vorverurteilung „alternativer“ Energiegewinnung z.B. durch Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollte vermieden werden. Den EU-Emissionshandel gilt es auf alle Sektoren in Europa auszuweiten und

spätestens 2030 auch den ab 2021 geltenden nationalen Emissionshandel in den Bereichen Verkehr und Gebäude einzubeziehen. Baldmöglichst sollte die Abschaffung nationaler CO2-bezogener Steuern und Subventionen erfolgen, da spezifische Sektorziele die CO2-Reduktion weiter unnötig teuer machen. Gerade in der Krise zeigt sich wieder, dass das EEG mit seinen verbindlichen Subventionszusagen ökologisch sogar schädlich ist, weil der eingesparte Strom durch eine massive Erhöhung der EEG-Umlage „bestraft“ wird.

- **Entschlossener Rückbau der kaum vermeidbaren ordnungspolitischen Sünden aus den nationalen Notfallprogrammen:** Den schlechten Beispielen der Sektsteuer von 1907, des „Solidaritätszuschlags“ von 1991, des Staatsanteils an der Commerzbank von 2008 sollten nicht situative Hilfen von 2020 folgen. Nicht zuletzt sollten die Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer eher abgebaut als ausgeweitet werden, um unsinnige Abgrenzungen und versteckte Subventionen zu vermeiden. Vor allem für den Rückbau möglicher Staatsbeteiligungen gilt es, von Beginn an konkrete Ausstiegsszenarien z.B. in Form weitestmöglich verbindlicher Stufenpläne zu erstellen.
- Auch der **europäische Krisenmodus von EU-Kommission, ESM, EIB und EZB sollte**, anders als seit der Finanzmarkt- und Schuldenkrise, **schnellstmöglich zurückgefahren** werden, um wieder Spielräume für mögliche andere Herausforderungen zu schaffen. Noch wichtiger: Gemeinsam beschlossene Regeln und Verträge müssen endlich beachtet werden und elementare Grundprinzipien wie das Subsidiaritäts-, das Wettbewerbs- und das Haftungsprinzip nicht nur de jure wieder greifen.
- Dem durch konkrete Krisenreaktionen verstärkten **Trend zu einer dirigistischeren und protektionistischeren Wirtschaftspolitik ist entschieden entgegenzutreten**, da dadurch die Innovationsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums insgesamt und damit die Basis unseres Wohlstands leidet.

V Ausblick: Zehn Folgerungen aus der Corona-Krise

1 Kein Zurück zu „alter Normalität“ der Vor-Krisenzeit

Art und Ausmaß des exogenen Schocks durch das Corona-Virus und die damit einhergehenden tiefgreifenden Erschütterungen lassen die Rückkehr zur „alten Normalität“ als logisches Ziel erscheinen und rücken damit die Vor-Krisen-Zeit automatisch in ein mildes Licht. Wenn denn das Zurückdrehen von Uhren möglich wäre, sollte man am besten auf 2013 zielen. Die danach erfolgten **Fehler spendierfreudiger großer Koalitionen und die durch sonstigen Stillstand (Digitalisierung!) verpassten Chancen deckt nun die Pandemie erst einmal zu**. Die Folgen dieser Fehler zeigten sich bereits: Seit Jahren schon verschlechterten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kontinuierlich, u.a. bei der Unternehmensbesteuerung und den Energiekosten – mit inzwischen unrühmlichen „Führungspositionen“ in EU und G7. **Bereits seit Mitte 2018 war die wirtschaftliche Eintrübung mess- und spürbar**, begann die Kurzarbeit zu steigen und befand sich insbesondere die Automobilindustrie in der Krise. Verschlechtert hatte sich die Bundesrepublik seit 2014 auch im von der Stiftung Marktwirtschaft durchgeführten Vergleich der Nachhaltigkeit EU-europäischer öffentlicher Haushalte. Dass **Deutschland durch seine solide Haushaltspolitik der letzten Jahre nun die Spielräume für das Auspacken der „Bazooka“ (Bundesfinanzminister Scholz) habe, ist eine Legende**: Der Staat hat seit 2014 zwar keine neuen

Kredite aufgenommen, bilanziert aber offiziell nur ein Drittel seiner Schulden. **Zwei Drittel der tatsächlichen Verbindlichkeiten sind vor allem in den Sozialversicherungen versteckt** und genau hier fand in den letzten Jahren durch neue Zusagen der Bundesregierung, u.a. bei Rente und Pflege, eine Verschlechterung der Haushaltslage und damit der Zukunftsaussichten statt. **Ein Zurück zu dieser „alten Normalität“ eines reform- und veränderungsabgeneigten, aber sozialausgabenfreudigen Biedermeiers kann das Land weder wollen noch sich leisten**.

2 Sicherheit nur durch Absicherung ist eine Illusion

Kein anderes Land nimmt im Verhältnis zu Größe und Einwohnerzahl mehr Geld zur Bewältigung der Krise in die Hand als Deutschland. Unvorstellbare 1,2 Billionen Euro (das sind 1,2 Millionen Millionen) wurden bislang mobilisiert, was einem Drittel der gesamten Jahreswirtschaftsleistung gleichkommt, davon allein 156 Milliarden Euro für 2020 an schon sicheren neuen Schulden beim Bund. Das ist ein **Versprechen für die Zukunft, weil bestehende Produktionspotentiale und betriebliches Know-How zumindest temporär erhalten bleiben. Zugleich stellt es eine Drohung dar: Erstens sind die Schulden von heute die Steuern von morgen**. Zweitens wurden auch womöglich überzogene Ansprüche an Staat und Gemeinwesen unterstrichen sowie **Erwartungen**



Auch jenseits von Corona:
Kein Zurück zum
„Weiter so“

Karikatur: Heiko Sakurai

Karikatur: Schwarzwel



geweckt, die nicht erfüllbar sind und am Ende Enttäuschung und Verdruss hervorrufen (Bundewirtschaftsminister Altmaier: „Kein Arbeitsplatz muss wegen Corona verlorengehen“). **Wer alles sichern will, von Arbeitsplätzen über Einkommen, Existenzen, Gesundheit bis zu Wohnungsmietenhöhen, verhindert auch, dass Neues entsteht und sichert am Ende womöglich nichts**, sondern setzt Wohlstand und Sozialsysteme als Ganzes aufs Spiel. Sicher sind jedenfalls nur die hohen Kosten der vermeintlichen Sicherheit.

Die starke Alterung unserer Gesellschaft verstärkt deren Fixierung auf Bewahrung, Sicherung, Status quo, Festschreiben und die Absolutheit des Moments. Es fanden in langen und fast durchweg guten Jahren kluge gesellschaftliche Debatten über die moderne „Risikogesellschaft“ statt, aber die **Risiken des Lebens wurden auf Seite des Individuums immer mehr ausgeblendet und auf den Staat als größten allgemeinen Versicherer am Platz überwältigt**: Er soll – zu Recht – vor äußerer Bedrohung, innerer Unsicherheit und größeren Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit) schützen, vor Letzterem aber immer ausdifferenzierter und umfassender weit jenseits über Grundversorgung und Notfälle hinaus. Zu viele wollen auch vor Verantwortung, Anstrengung, Wettbewerb bewahrt werden. Oft gelten so schon das Ausfüllen und die Prüfung eines Antrags, wenn man vom Gemeinwesen Unterstützung erhalten will, als „Zumutung“. Politiker, die gerne „Kümmerer“ sind, haben viele dieser Wünsche aufgegriffen – und selbst zu einer Erwartungsinflation beigetragen, die ihnen entglitten ist. **Corona zeigt: Wir sind solidarisch, es wird nach Kräften geholfen – aber wir können nicht alles beherrschen, regeln, kontrollieren**. Vielleicht lassen der Voluntarismus und Machbarkeitsglaube mancher Gesellschaftsingenieure etwas mehr neue Demut zu. Wenn das Ziel nicht die möglichst vollständige Rückkehr zum Alten und Gewohnten – „weiter so

mit frischem Geld“ – ist, sondern verstanden wird, dass wir **neue Chancen schaffen und/oder nutzen, Potentiale besser ausschöpfen, Kreativität, Leistung und Engagement wieder besser anerkennen** müssen, wäre dies ein Fortschritt. Und was sind eigentlich individuelle, was allgemeine Risiken? Wo die Verantwortung des Einzelnen endet und die Fürsorge des Staates beginnt, muss immer wieder neu diskutiert werden. Ganz besonders nach Corona und einer Krise, in der noch mehr als sonst die **Gefahr groß ist, dass die Vorsorgenden und Eigenverantwortlichen faktisch bestraft und die Hasardeure und Trittbrettfahrer belohnt werden**. All das mindert nicht die Richtigkeit vieler Rettungsmaßnahmen, ordnet sie aber als das ein, was sie sein sollten: vorübergehende Nothilfen, die als solche keinen Bestand haben und nur dann zum Erfolg führen können, wenn sie auf der Ebene einzelner Bürger und Unternehmen mit dem Ziel eingesetzt werden, sie so schnell als möglich überflüssig zu machen.

3 Die Kirche bleibt im Dorf

Politiker der Exekutive wissen, dass ihnen größere Aufmerksamkeit und mehr unkritische Gefolgschaft zuteilwerden, wenn sie den Ausnahmezustand erklären und die ganz großen Überschriften setzen. Weniger Menschen meckern, mehr folgen, und Regieren wird in mancher Hinsicht auch bequemer. **Je einzigartiger bedrohlich die Lage erscheint, desto mehr Handlungsfreiheiten und „neue Wege“, die im politischen Alltag kaum vorstellbar wären, werden der Politik zugestanden**. Natürlich ist das Corona-Virus eine sehr ernste Bedrohung. Es kostet Leben und Wohlfahrt. Es breitet sich in anderer Schnelligkeit und mit verheerenderen Folgen aus als andere Viren. **Aber „Krieg“ (Frankreichs Staatspräsident Macron), „Wiederaufbau“ (Italiens Ministerpräsident Conte) und „Marshall-Plan“ (EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen – übrigens in Verkennung der Tatsache, dass es dabei 1948 bis 1952 weniger um große Summen und z.B. Sozialleistungen ging, sondern vor allem um ein Strukturprogramm zur Wiederbelebung von Handel und wirtschaftlicher Kooperation, in dessen Rahmen auch die das Wirtschaftswunder befördernde Lohnzurückhaltung durchgesetzt wurde)? Geht das alles verbal auch eine Nummer kleiner?** Im Krieg, der vor 75 Jahren mit der Befreiung Europas vom Faschismus endete, bangten viele Menschen in Bunkern um ihr Leben und starben Millionen. Viele Industrieanlagen und vor allem Städte waren zerstört, 1946/1947 hungerten Menschen in Europa. Heute sind einige in existenzieller Weise von Corona getroffen, andere haben größte wirtschaftliche Sorgen. **Aber die Kirchen ste-**



Karikatur: Klaus Stüttmann

hen noch in den Kommunen, und für einen nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung hierzulande war lange vor allem Toilettenpapier ein „Mangelthema“. Viele Menschen werkeln zuhause und erleben „Krieg“ im Sessel mit Netflix – oder bei einem deutschen Fernsehsender, der allen Ernstes in einer Endlosschleife unkommentierte Sequenzen von Kamerabildern aus leeren deutschen Innenstädten abspulte, mit zwei umgefallenen Heizpilzen in einem geschlossenen Biergarten als Höhepunkt der Apokalypse, dramatisch untermalt von Horrormusik aus dem Film „The Dark Knight“.

Vielleicht sind die **Maßstäbe auch deshalb verrutscht, weil Freiheit, Demokratie und Frieden als so selbstverständlich genommen werden** und nach langen Jahren des Aufschwungs oder zumindest der Konsolidierung das **trügerische Gefühl vorherrschte, die moderne Gesellschaft bzw. der Staat hätte alles unter Kontrolle** und für alle Lebensrisiken eine Ab- und Versicherung. Das Erwachen aus dieser Illusion ist gewiss schmerzhaft. Aber wir sind nicht im Krieg. Und Berlin 1945, Mailand 1944 (die Hälfte aller Gebäude war zerstört oder beschädigt), Madrid 1939 sahen anders aus als heute. Sie brauchen Wiederbelebung, nicht -aufbau. Die Europäische Union braucht tendenziell mehr eigene Haushaltsmittel, mehr Flexibilität bei deren Einsatz und eine Umstrukturierung des jetzigen Budgets auf öffentliche Güter mit EU-Mehrwert, gewiss aber keinen sogenannten Marshall-Plan, bei dem es eher um vordergründigen Budgetumfang als um kluge Mittelverwendung geht und der Verschuldungsrecht, Solidarhaftung und ausufernde Zuschüsse einschließt.

4 Beurlaubung der Bürgerrechte?

Die Leichtigkeit, mit der eine breite Öffentlichkeit dramatische **Einschränkungen der Freiheit und Bürgerrechte durch die Regierung(en) als alternativlos hingenommen** hat, war angesichts des weltweiten Ausmaßes der Krise und der Eindrücke aus anderen Ländern am Anfang nachvollziehbar – und ist doch zugleich beunruhigend.

Lebendige Demokratie ist Kommunikation, Diskussion, Meinungsstreit und das Ringen um die besten Lösungen im Wettbewerb der Ideen. Freiheit muss immer neu erkämpft werden, gebraucht man sie nicht, schläft sie ein. Corona brachte gewiss einen Ausnahmezustand mit sich, in dem in vielem entschlossenes Handeln und Lernfähigkeit, „Schließung“ und „Öffnung“, Regeln und Sonderfälle lange gut abgewogen wurden. Aber muss es nicht trotzdem befremden, in welchem Maß aus Meinungsvielfalt plötzlich ein Meinungsstrom wurde und auf wieviel demoskopische Zustimmung „klare Ansagen“ stießen? Musste, bei aller Einzigartigkeit dieser Krisenerfahrung und auf unsicherem Gelände, jede wissenschaftliche Aussage zum Mantra erklärt werden? Virologen sind auch nur Menschen und zudem, wie andere Experten ebenso, selten einer Meinung. Apodiktisch verkündete Maßstäbe und Kennzahlen, die nur noch wenig galten, sobald sie erreicht wurden, ließen begründete und wichtige Fragen, aber leider auch viele unsinnige Verschwörungstheorien aufkommen.

Schock, Sorge, Angst – da zählt erst einmal nur der Moment und stehen Sicherheit bzw. Gesundheit an erster Stelle. Deren Betonung sollte man auch niemandem als interessengeleitet vorwerfen, vielleicht eher als Summe aller Befürchtungen politisch Verantwortlicher sehen – insbesondere dann, wenn es vielleicht wegen anfänglich längeren Zögerns zu kompensatorischem Übereifer kommt: Ist die Not offenkundig, will jeder natürlich das Richtige tun – und zugleich verhindern, dass man ihm später vorwerfen kann, nicht alles Menschenmögliche unternommen zu haben. Im Ergebnis wird so für das Vordergründigste, akute Sicherheit und Gesundheit, das Maximum geleistet, koste es, was es wolle. Allein eine vorsichtige Infragestellung der Prioritätensetzung galt in dieser Schockphase, das ist das eigentlich Erschreckende, schon als unerhört.

Die jetzige Krise wird kaum ein Einzelfall bleiben. Grippeviren wandeln sich, Corona wahrscheinlich auch: Werden dann bei Corona II und III erneut Grundrechte ausgesetzt sowie Wirtschaft und gesellschaftliches Leben solange heruntergefahren oder zumindest eingeschränkt, bis jeweils Impfstoffe vorliegen? Haben die Bürger mit ihrer Sympathie für das Regierungshandeln nicht gezeigt, dass sie Einschränkungen von Grundrechten sogar mit Popularität belohnen, wenn der Anlass nur besorgniserregend genug scheint oder ausgemalt wird? Für manchen Politiker oder manche Partei könnte darin eine gefährliche Versuchung liegen.

Die Verhältnismäßigkeit mancher Reaktionen und die lange nicht diskutierte Prioritätensetzung in einer durchaus schwierigen Güterabwägung dürfen jedenfalls nicht nur, sie müssen hinterfragt werden. Es gibt nicht nur Konflikte zwischen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Er-

wägungen. Der Schutz der Gesundheit der einen kann auch eine gesundheitliche Gefährdung anderer bedeuten.

Eine oberste Bundesbehörde wie das Gesundheitsministerium kann nicht ermächtigt werden, per Anordnung Grundrechte einzuschränken. Es ist ein gutes Signal, dass die Bundesjustizministerin im März mindestens diesen entsprechenden Gesetzentwurf stoppte. Denn **die Krise zeigte auch, dass der Rechtsstaat funktioniert.** Opposition in den deutschen Parlamenten und in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung ist wieder wahrnehmbarer, gleich mehrere Gerichtsentscheidungen haben die Kontrollaufgabe und das Funktionieren der Justiz unterstrichen. Die Bundesregierung hat sich in der Diskussion um das Tracking am Ende für eine freiwillige und dezentrale, freiheitlichere Variante entschieden. All dies sind gute Zeichen.

Die **Zufriedenheit mit dem staatlichen Handeln, wenn nicht Staatsgläubigkeit, wird ohnehin spätestens dann abnehmen, wenn die Rechnungen zugestellt werden** und Fehler, Ineffizienzen, Missbrauch und Mitnahmeeffekte sich herumsprechen. Bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen wird dem einen oder anderen auch wieder klarer werden, dass Geld nicht auf Bäumen wächst und Wohlstand nur als Ergebnis von Anstrengungen vieler, nicht aus der Mehrbesteuerung einiger gewonnen werden kann.

5 Politik ist handlungsfähig

Kein Euro zu viel, keine Frist zu kurz, kein Hindernis zu hoch – dem zuhause sitzenden Publikum wurde fast schwindlig.

Über mehrere Wochen hat die Große Koalition im März und April bewiesen, dass sie ein handlungsfähiges Bündnis sein, eine kraftvolle Regierung stellen und entschlossen agieren kann. All dies, obwohl es nicht nur keinerlei vorherige Erfahrungen mit einer Pandemie diesen Ausmaßes gab, sondern **Corona in dem 177 DIN-A4-Seiten umfassenden, eng bedruckten und jeden Regierungsatemzug vorherplanenden Koalitionsvertrag gar nicht auftaucht.** Wenn es nach



der mühsamen Grundrentendiskussion, welche am Ende die Vereinbarung auch noch ignorierte, eines weiteren Hinweises bedurfte, dass immer weiter ausufernde Regierungsverträge eher obsolet sind, lieferte ihn das Virus.

Übrigens hat 1983 bis 1987 in Deutschland eine Regierung Zukunft gestaltet auf der Basis einer Koalitionsvereinbarung von 10 DIN-A5-Seiten, die zudem keine Wohltaten versprochen (aber später lieferten). Und es wurden auch nicht Verantwortlichkeiten verwässert, weil Dutzende Landes- und Kommunalpolitiker in unzähligen Untergruppen Textbausteine und Forderungen wie 2017/18 zulieferten. Politiker sollten sich nicht länger selbst zu Notaren und Sachbearbeitern machen.

Widerlegt ist des Weiteren auch die Behauptung, Grenzen seien nicht mehr kontrollierbar. Im Bedarfsfall wohlgermerkt – am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ziel möglichst offener Grenzen in Europa ändert dies nichts. Politik ist jedenfalls handlungsfähig. Manche Bemühungen, eigenes Zaudern oder Unwillen hinter gedrechselten Koalitionsvertragssätzen, mit Verweis auf Koalitionspartner oder „zunehmende Komplexität“ zu verstecken, dürften nach Corona weniger leicht fallen. Und da in der Corona-Krise sowohl Politik als auch die Bürger sich weit überwiegend auf der Höhe der Herausforderung bewegt haben, könnten sie sich danach vielleicht gegenseitig auch mehr zutrauen? Mehr Ehrlichkeit, Transparenz und die derzeit doch so gelobte „klare Ansprache“ könnten ja auch möglich sein, wenn es z.B. darum geht, nicht wegen jedem Unwillen gegen eine Stromtrasse sofort die Verlegung und Verzehnfachung der Kosten als schicksalhaft hinzunehmen?

6 Föderale Bewährung!?

Zu würdigen sind neben der Arbeit der Bundesregierung insgesamt auch die Regierungen der Länder und Spitzen der Kommunen. Viel Kritik am deutschen Föderalismus und dem „Flickenteppich“ ist in diesen Tagen zu hören – als ob Einheitlichkeit ein Wert an sich sei. Muss es den Berliner so sehr (be-)kümmern, wenn im Saarland Geschäfte, in denen er sowieso nicht einkauft, zwei Tage früher öffnen und Schulen, die seine Kinder sowieso nicht besuchen, vielleicht eine Woche später? Es gibt jedenfalls **keine Belege dafür, dass stärker zentralistisch organisierte demokratische Staaten besser durch die Krise kommen. Könnte nicht der glimpfliche Verlauf der Corona-Verbreitung in Deutschland als Sternstunde des Föderalismus** und dezentraler, regionaler und kommunaler Entscheidungsstrukturen gewertet werden? Zentral getroffene Fehlentscheidungen gelten für das ganze Land, gleichzeitig sind Lern- und Korrekturprozesse schwerer. Im föderalen System der Bundesländer wurde demgegenüber um die richtigen Maßnahmen gerungen und Entscheidungen (auch im „Wettbewerb“ der Bundesländer) immer wieder nachjustiert. Gerade in unübersichtlichen und unsicheren Krisensituationen müssen temporär unterschiedliche Vorgehensweisen, kreative Experimente und voneinander Lernen nicht das schlechteste Vorgehen sein. Deutschlands Stärke, nämlich Einheit in Vielfalt, sollte also eher unterstrichen werden. Auch durch mehr Mut zu Transparenz und Wettbewerb. Die Menschen brauchen ihre



Karikatur: Heiko Sakurai

Plötzlich wieder vorn:
Die Große Koalition



Föderalismus:
Muss Uneinheitlichkeit
schlecht sein?

regionalen und kommunalen Bezüge als Anker in der globalisierten Welt – und die überwältigende Mehrheit hat sich, von Heinsberg bis Jena, ebenso auf der Höhe der Herausforderungen bewegt wie die jeweils vor Ort Verantwortlichen.

Warum also sollten Landes- und Kommunalpolitiker weiter beim Bund als dauernörgelnde Bettler auftreten, sich am goldenen Zügel führen lassen und hinter undurchschaubaren Finanzierungssystemen und kaum nachvollziehbaren Verantwortlichkeiten verstecken?

Warum nicht die Bürger ernst und auch mehr in die Pflicht nehmen? Es ist Zeit für eine klarere Trennung der Finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen sowie für mehr Steuer- und damit Handlungsautonomie in Regionen, Städten und Gemeinden. Das Kommunalfinanzierungskonzept der Stiftung Marktwirtschaft beispielsweise würde in dieser Krise den Kommunen sehr helfen, zu einem starken Einbruch der Einnahmen wie bei der Gewerbesteuer würde es damit nicht kommen.

7 Ein Lob der Bürokratie

Genehmigungsverfahren dauern in Deutschland immer noch zu lang, auch im Steuersystem ließe sich vieles vereinfachen. **Im Hinblick vor allem auf den Sozialstaat aber belegt die Corona-Pandemie einmal mehr, wie wertvoll geordnete Verwaltungsabläufe, Prüfungen und Kontrolle sind.** Wo – vermeintlich wohlklingend – „unbürokratisch“ gehandelt wird, blüht auch der Missbrauch, wie in Berlin, wo ein regelmäßig gegen Freiheit und Demokratie wetternder Herr, der schon Sozialleistungen bezog, unter Vortäuschung eines angeblichen Gewerbes und entsprechender „Einnahmeaus-

fälle“ schnell 18.000 Euro überwiesen bekam. Oder wie in Nordrhein-Westfalen, wo Petenten entgegen der Vorgaben des Bundes erst nicht die Möglichkeit hatten, geringere Hilfen als den Maximalzuschuss zu beantragen. Immerhin sorgte die sich herumsprechende Tatsache, dass Anträge nachträglich besser ge- bzw. überprüft werden, schon in vielen Fällen für die freiwillige Rückzahlung von Hilfgeldern. Wo dies nicht der Fall ist, wird (weiter) ermittelt werden müssen.

Bürokratie ist Gerechtigkeit, vor allem die in Deutschland hochgeschätzte Einzelfallgerechtigkeit. Deswegen: Hut ab vor so vielen Verwaltungsangehörigen in Bund, Ländern, Kommunen, Arbeitsagenturen und Sozialversicherungen, die dafür Sorge tragen, dass möglichst viele Hilfen und Maßnahmen Bedürftige eher als Gewitzte und Findige erreichen. Wer Hilfe braucht und Geld von der Allgemeinheit will, soll dies erhalten – muss aber auch eine Prüfung akzeptieren. Es ist von zentraler Bedeutung für den Sozialstaat und dessen nachhaltige Finanzierbarkeit, dass die **krisenbedingt ausgesetzten Bedürftigkeitsprüfungen bei der Grundsicherung ab dem 1. Oktober dieses Jahres wieder durchgeführt werden.** Solidarität ist eine Verpflichtung für uns alle und eine zentrale Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Sie gilt allerdings in alle Richtungen und darf nicht zur Einbahnstraße verkommen. **So wenig wie geröstete Schneebälle gibt es den unbürokratischen Sozialstaat – und die Sehnsucht danach führt zu vielerlei Fehlanreizen und am Ende zum bedingungslosen Grundeinkommen.** Selbst dieses aber würde, hätte man den Albtraum dann verwirklicht, seinerseits umgehend wieder als ungerecht empfunden – denn Unwuchten gibt es in jedem System.

Verwaltung ist also unentbehrlich und muss ihrerseits krisenfester ausgestattet sein. Dass in Bundesministerien bis

zu kommunalen Bauverwaltungen, wo Bauanträge unnötig liegenblieben, Beamte bei vollen Bezügen betätigungslos zu Hause saßen, weil es an technischer Ausstattung für „Home-Office-Plätze“ fehlte, darf sich nicht wiederholen.



Zeichnung: Robert Kneschke

8 Gesellschaftliche Spaltung verstärkt: Verlierer U45

Die Dramatik der aktuellen Krisenlage verschärft die schon in den letzten Jahren insbesondere bei Rentenpaketen zu beobachtende Neigung zur Zeitinkonsistenz politischen Handelns: **Allen Nutzen sofort und für die Gegenwart, (Folge-)Kosten dagegen werden in die Zukunft verschoben, statt heute wenigstens ansatzweise neue Prioritäten zu setzen:** Noch niemand hat vorgeschlagen, die Mütterrente wieder zu streichen, um einen „Wiederaufbaufonds“ zu begründen. Das Tragen des „Shutdown“ und der Einschränkungen für alle sowie der damit verbundenen massiven Folgen war auch ein von fast allen geteilter Ausdruck der Solidarität mit durch Corona besonders gefährdeten Gruppen, insbesondere Älteren. Sollte da nicht auch etwas zurückkommen können? Die einen kämpfen um wirtschaftliche Existenz – mit eingeschränkter (Kurzarbeit) oder gar keinen Löhnen (Arbeitslosigkeit) – und die **bestversorgte Rentnergeneration aller deutschen Zeiten soll im Sommer 2020 plangemäß mit einer kraftvollen Rentenerhöhung bedacht werden?** Die einen tragen fast alle wirtschaftlichen Risiken und Kosten, die anderen, zu deren Schutz nicht zuletzt der „Shutdown“ verordnet wurde, sollen hohe Einkommenszuwächse erhalten und – materiell wohlgermerkt – business as usual pflegen? Dazu werden die Rentner nach geltender Gesetzeslage nicht nur 2021, wenn die Lohnentwicklung des Vorjahres absehbar

negativ war, von einer Rentenkürzung ausgenommen – gegen die frühere, begründete und leider von der GroKo 2008 schon teilweise außer Kraft gesetzte Systematik, dass Renten den Löhnen folgen. Die GroKo-Nachfolger (wie damals Merkel/Scholz) haben im Rahmen des Rentenpakets 2018 nun auch noch auf die Schiene gesetzt, dass bis zum Jahr 2025 darüber hinausgehend auch unterbliebene Rentenkürzungen in Folgejahren nicht mehr durch eine Verrechnung mit möglichen Erhöhungen kompensiert werden. Überzeugend klingt das alles nicht. Solidarisch auch nicht.

So sind, wie paradox es sich angesichts der statistischen Verteilung der gesundheitlichen Gefahren auch lesen mag, die großen Verlierer der Corona-Krise in Deutschland die unter 45-Jährigen. **Die Pandemie wird die größte und doch zu wenig beachtete Spaltung in unserer Gesellschaft verstärken.** Nicht arm-reich, auch nicht trotz einer aktuell sich öffnenden Corona-Schere Selbständige-Angestellte, sondern: Jung-Alt. Zwar wird, um mögliche Beschwerden vornehmlich der beruflich aktiven Bevölkerung in der gegenwärtigen Not zu lindern, ohne Obergrenze und „unbürokratisch“ gerettet. Dies kommt nicht den Rentnern, aber in besonderem Maße den Babyboomern zwischen 50 und 65 zugute, die sich jetzt auf dem Zenit ihres beruflichen Lebens und ihrer Einnahmen befinden. „Zufällig“ stellen sie zusammen mit den Rentnern die Mehrheit der Wähler. Dazu passt auch das Durchschnittsalter beispielsweise der 24 Verfasser der Handlungsempfehlungen der Leopoldina: 63 Jahre. **Unter die Räder kommt die Minderheit der unter 45-Jährigen, die nicht nur mit unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des „Shutdown“ zu kämpfen,** sondern, oft parallel zum „Home Office“, auch den Bildungs- und Betreuungsauftrag der geschlossenen Schulen und Kitas wahrzunehmen hat. Ihnen wird als **Mühlstein der Großteil der Tilgung der heutigen Rettungsschulden um den Hals gehängt,** die zwischen 2023 und 2040 erfolgen soll.

Das mag man jetzt, in der Not, richtig finden. Verheerend wird es aber im Zusammenspiel mit den ungedeckten Wechseln auf die Zukunft, die schon ohne Not in den letzten Jahren in Form der Rentenpakete 2014 und 2018 ausgestellt wurden. Und all das in dem Wissen, dass sich wohl in keinem Land der Welt das Verhältnis zwischen beruflich Aktiven und in die Sozialsysteme Einzahlenden auf der einen und über 65-Jährigen auf der anderen Seite zwischen 2025 und 2030 ungünstiger entwickelt als in Deutschland. Übrigens könnten manche Vorhersager einer V-Krisenkurve (tief hinein in den Schlamassel, aber auch schnell wieder heraus wie 2009/2010) eines unterschätzen: 2010 wurde die zügige Wiederbelebung maßgeblich getragen durch noch „hungrige“ Baby-Boomer in ihren besten Jahren – von denen heute schon mehr in Kategorien ihrer Rente denken als gut ist. Die



Mächtige Influencer – auch in Corona-Zeiten

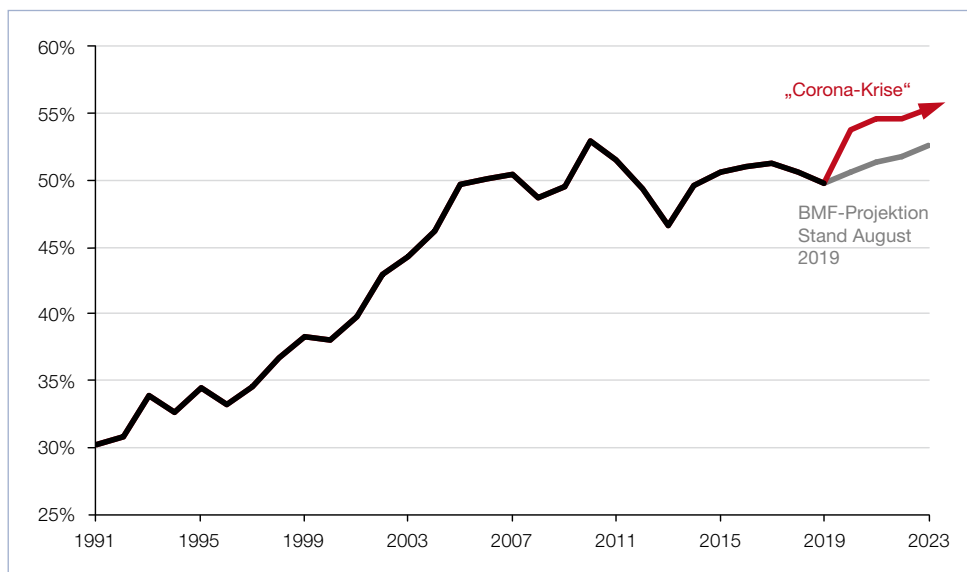
Zahl der 30-45-Jährigen jedenfalls, die erfahrungsgemäß den Großteil der Innovatoren und Unternehmensgründer stellen, nimmt in Deutschland bekanntermaßen weiter dramatisch ab. Wer unter 45 sowie gut ausgebildet ist und angesichts all dieser Aussichten in Deutschland bleibt, verdient eigentlich besondere Anerkennung – und positive statt noch mehr negative Anreize.

9 Sozial geht auch ohne Staat

Der **soziale Frieden in Deutschland ist ein sehr hohes Gut** und begründet ebenso wie mancher gesellschaftliche Wandel soziale Leistungen, die im Laufe der Jahre ausgebaut wurden und/oder neu dazu kamen. Die **Steuerprogression als maßgeblicher Hebel der Umverteilung** – die 10 Prozent Bestverdienenden tragen z.B. 55 Prozent des Einkommensteuer- und fast 75 Prozent des Kirchensteueraufkommens – ist und bleibt bei allem Korrekturbedarf („Mittelstandsbauch“ und zu frühes Einsetzen des Spitzensatzes!) im Grundsatz richtig. Nicht richtig und auch **nicht durchzuhalten ist indes das unaufhaltsame Wachstum des Anteils der Sozialausgaben am Bundeshaushalt**, der schon mit dem ursprünglich geplanten Bundeshaushalt 2020 auf knapp 51 Prozent angestiegen war. Vor Corona und besonders in konjunkturell guter Zeit seit 2013 legte sich die Große Koalition auf immer neue, natürlich gut gemeinte, strukturelle Ausgabenbelastungen fest, nahm frühere Reformbeschlüsse trotz deren nachgewiesener Erfolge zurück, trieb Regulierung voran und verpflichtete Unternehmen auf immer mehr gesellschaftliche Ziele und Aufgaben, statt ihnen bessere Bedin-

gungen für Wertschöpfung zu bieten. **All die Fehler, die in den letzten leichten Jahren gemacht wurden, rächen sich nun in der Krise, in der Konjunktur stimuliert und in Zukunft investiert werden muss, doppelt:** Zum einen sind übermäßig viele Haushaltsmittel gebunden, zum anderen wurden zu viele Fehlanreize gesetzt, sodass sich Nichtleistung zu oft eher rechnet als sich Leistung lohnt.

Die Balance in der Sozialen Marktwirtschaft stimmt nicht mehr. Vor den Einschnitten durch die Pandemie deutete – auch in Form von Wahlergebnissen – sich schon an einigen Stellen an, dass mehr umfassende Fürsorge statt Vorsorge, mehr Ruhigstellung statt Aktivierung, mehr flächendeckende und zentral geregelte staatliche Absicherung statt subsidiärer Solidarität, mehr automatische Beglückung statt Nothilfe im geprüften Einzelfall die Menschen nicht zufriedener macht. Über lange Jahre wurden Wohlstand und Sozialstaat immer selbstverständlicher, die Wachstumsraten in der Wirtschaft kleiner und bei den Sozialausgaben größer. Das konnte ohnehin nicht so weitergehen, nun brechen mit dem Einschnitt 2020 erst einmal die Einnahmen ein und steigen die Ausgaben massiv. Umso mehr sollten **nach der Phase der Notfallmaßnahmen die Haushalte neu evaluiert, bei Sozialstaatsausgaben insgesamt ein Belastungsmoratorium angestrebt** und wieder deutlicher werden: Menschen können sich auf die mit eigenen Beiträgen erworbenen Ansprüche aus Sozialversicherungen verlassen und in Not auf Hilfe zählen, werden aber grundsätzlich erst einmal wieder als zu Eigenverantwortung befähigte Bürger ernst genommen und nicht vornehmlich als Bedarfsempfänger und Bedürftige gesehen und zu Lasten Dritter (der Steuer- und Beitragszahler) von vermeintlichen Wohltätern „versorgt“.



Entwicklung des Anteils der Sozialausgaben* am Bundeshaushalt (1991–2023)

* Ohne soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen; 2019 Haushaltsplan, 2020 Regierungsentwurf, 2021–2023 Finanzplanung (Stand August 2019).

Datenquelle: BMF (2019), Finanzbericht 2020; BMF (2016), Finanzbericht 2017; eigene Schätzung Stiftung Marktwirtschaft.

Gerade die Monate März und April 2020 haben ein Maß an mitmenschlicher Verbundenheit, gegenseitiger Unterstützung und Rücksichtnahme erkennen lassen, das als Positivum und Ansporn in wieder „normalere“ Zeiten mitgenommen werden kann: **Sozial geht eben auch ohne bzw. mit weniger Staat, wenn Eigenverantwortung, Eigeninitiative und vor allem Subsidiarität gefordert und abgerufen statt behindert und gelähmt werden.** Es werde jetzt viel mehr von „wir“ statt den Ich-AGs geredet, haben schon einige Kommentatoren festgestellt. Umso mehr ist darauf zu achten, dass „wir“ mit mehr Gemeinschaftsgeist bei weiter hoher individueller Verantwortung übersetzt wird, nicht mit mehr vom Staat und in Form großer Apparate mit Eigeninteressen organisierter „Solidarität“.

10 Europa und „Solidarität“

Solidarität bedeutet geläufiger Definitionen zufolge eine in einem ethisch-politischen Zusammenhang benannte Haltung der Verbundenheit, die Unterstützung von Ideen, Aktivitäten und Zielen anderer, Zusammenhalt zwischen Gleichgesinnten und gleichgestellten Individuen sowie Engagement für gemeinsame Werte und Ziele. Davon ist auf europäischer Ebene kaum die Rede, „Solidarität“ eher zum Synonym für frisches fremdes Geld verkommen und ein zu häufig missbrauchtes Wort: Wer „Solidarität“ oder „Europa“ sagt, meint inzwischen eher selten die Verpflichtung, sich an vereinbarten gemeinsamen Regeln zu orientieren, sich anzustrengen, erst einmal eigene Verantwortung wahrzunehmen. Fast immer geht es, wie auf nationaler Ebene und in den Sozialsystemen, um Eigeninteressen und Transfers, natürlich so verpackt,

dass sie nicht als solche und Alternativen als unsolidarisch erscheinen.

Wo ist eigentlich die europäische Solidarität und mehr eigene Anstrengung Italiens, das in den letzten Jahren besonders und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt weitaus stärker als der deutsche Staat von der Niedrigzinspolitik und vielen Maßnahmen der EZB profitierte – zu Lasten insbesondere von Sparern und Versicherten? Gerne vergessen wird, dass Italien die von der Zentralbank mit all ihrem nun schon verschossenen Pulver gekaufte Zeit, anders als z.B. Portugal, leider verbunden mit Investitionskürzungen nur für positive Primärsalden, aber nicht für produktivitätssteigernde Reformen nutzte. **Spätestens seit 2011 fordert Italien offensiv die Schuldenvergemeinschaftung mit stets wechselnder politischer Begründung und Besetzung, aber dem bleibenden Mantra, Europa taue nichts, wenn nicht alle Mitgliedstaaten billiges Geld erhielten, unabhängig von ihren Länderrisiken.** 2011 nannte Mario Monti den fragmentierten Finanzmarkt, 2016 Matteo Renzi die Migrationslasten, 2018 Matteo Salvini die Infrastruktur bzw. die eingestürzte Autobahnbrücke bei Genua, 2020 appelliert Giuseppe Conte im deutschen Fernsehen an die Herzen und bezieht sich auf die Pandemie. Und ja: Italien verdient Mitgefühl und braucht Hilfe im Kampf gegen Corona und mit den Folgen. Hilfe, die, anders als Euro-Bonds, sofort greift. Und mindestens so wichtig wie finanzielle Mittel in der zweiten Phase wären in der ersten Not Masken und Beatmungsgeräte gewesen – hier haben sich zu Beginn mit ihren Ausfuhrsperrn Deutschland und Frankreich nicht als solidarische Europäer gezeigt.

Auch aus Madrid ertönten die Rufe nach Euro-Bonds schon des Öfteren. In Wahrheit geht es um den schon länger angestrebten Umbau der Währungs- zur Transferunion.

Wenn aber Handlung und Haftung, Entscheidung und Verantwortung auseinanderfallen, ist der Euro wenig wert, keine starke, auf Wettbewerb basierende Währung, sondern das Maß für Umverteilung, Fehlanreize und Leben auf Kosten anderer. Alles natürlich unsichtbar, man will nicht beantragen, „betteln“, sich schlecht oder „stigmatisiert“ fühlen, sich nicht prüfen lassen und zu nichts verpflichtet sein. Das ist keine Grundlage nachhaltiger europäischer Politik.

Die Europäische Union braucht einen Haushalt, der mehr ist als Agrarpolitik und Strukturfonds. Deutschland wird – wie alle anderen Mitgliedstaaten auch – mehr zahlen müssen, damit Brüssel handlungsfähiger wird. Aber solange nationale Parlamente Geld ausgeben, stehen sie auch national dafür gerade. Der beste Weg, die vielbeschworene und doch eher pekuniär verstandene „Solidarität“ mit Italien zu zeigen, wäre deshalb ein großzügiges Signal und Geschenk, eine deutsche Überweisung von beispielsweise 25 Milliarden Euro nach Rom. Über einen Nachtragshaushalt würde dies in Deutschland transparent und umgehend budgetiert. In Italien stünde das Geld sofort zur Verfügung, wäre an keinerlei Bedingung geknüpft und erhöhte nicht den italienischen Schuldenstand und die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte. Die Finanzmärkte würden dies und die sich gewiss anschließenden Unterstützungssummen aus anderen EU-Staaten als Zeichen des Zusammenhalts positiv werten. Es würden aber nicht moralisch erpresste Transferstrukturen geschaffen, die trotz aller Dementis dauerhaft bestehen bleiben.

Ob, wenn dies nicht möglich ist, es bald schon zu Euro-Bonds kommt oder vorerst „nur“ zum Missbrauch und, wider aller früheren Zusagen, ewigen Leben des Europäischen Stabilitätsmechanismus: **Der Euro wird, gemessen an dem, was bei seiner Einführung be- und versprochen wurde, immer mehr ausgehöhlt.** Wenn die in den 2000er Jahren mit der Maastricht-Ignoranz bzw. Inkonsequenz und in den 2010er Jahren mit der faktischen Staatsfinanzierung durch die EZB und der

systematischen Verletzung des Vertrags von Lissabon („no bailout“) eingeschlagene Entwicklung anhält, wird die Frage, ob beim Euro nicht nur bald ökonomisch, sondern sogar politisch die Kosten den Nutzen überwiegen, lauter gestellt werden.

Kernelement der europäischen Integration und Wohlstandsgarant für die Mitgliedstaaten ist und war der EU-Binnenmarkt. Die bisherige Euro-Erfahrung bestätigt leider die in den 1990er Jahren vorgebrachten Bedenken der „Krönungsbefürworter“ an der „Lokomotivtheorie“ einer gemeinsamen Währung ohne vorherige wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Konvergenz. Der neue, weichere Euro sorgt vor allem seit der Finanz- und Schuldenkrise 2008/2009 für Unfrieden, Divergenz, neue Nationalismen und droht, trotz so vieler Vorteile, insgesamt zur wirtschaftlichen Stagnation Europas beizutragen. Es sei denn, ein kühner und derzeit schwer denkbar scheinender Sprung nach vorne gelänge, der die gemeinsame Währung nicht mit einem Staatenverbund, sondern mit einem Bundesstaat verbände. Dies bedeutete mehr Supranationalität in Form einer echten europäischen Regierung mit fiskalischer Verantwortung, getragen vom Europäischen Parlament und unterstrichen durch subsidiär funktionierende, aber im Vergleich zu heute nur noch eingeschränkt agierende nationale Regierungen und Parlamente. Solange dies nicht absehbar ist, bleibt nur die Maxime des Haftungsprinzips und die damit verbundene Einhaltung gemeinsam getroffener Fiskalregeln.

Euro-Bonds 2011–2020:
Unterschiedliche Anlässe, das gleiche Anliegen



Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie, die weltweit viele Leben kostet und ökonomisch sowohl auf der Angebots- wie Nachfrageseite Erschütterungen auslöst, hat auch in Deutschland Fragen nach der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit aufgeworfen. Gesundheitliches, seelisches und materielles Wohlbefinden der Menschen waren und sind täglich neu abzuwägen, was insgesamt in verantwortungsvolles Handeln mündete, das gleichwohl kritisch hinterfragt werden muss.

1. Die wirtschaftlichen **Notfallprogramme** sind größtenteils richtig, soweit sie grundsätzlich allen in Notsituationen offen stehen, klar zeitlich befristet, gegebenenfalls überprüfbar, nicht mit Lenkungswirkungen verbunden sind und weitestmöglich Kredite über nicht rückzahlbare Hilfen, Eigenanteile über volle Absicherung und im äußersten Fall stille Beteiligungen über direkte stellen.
2. Mit dem Mehrwertsteuergeschenk für Gastronomen – der in deren größter Not am wenigsten hilfreichen Maßnahme – endete die erste Phase der Nothilfe für alle und begann der Wettlauf um Branchensubventionen. Hier gilt es, Unsinn und fiskalische Schäden zu minimieren, um Spielräume zu bewahren für ein mögliches **Konjunkturprogramm**, z.B. über die Verbesserung der analogen und digitalen Infrastruktur und eine stimulierende, Leistungsanreize einschließende Stärkung der Binnennachfrage.
3. Entscheidend für neues Wachstum und Wohlstand ist ein **Strukturprogramm**, das schon vor der Pandemie überfällig war. Notwendig sind so und so also mehr Vorfahrt für Bildung, echte Chancengerechtigkeit, Aufstieg und Innovation, ein entschlosseneres Anpacken der Digitalisierungschancen, eine Reform der Unternehmensbesteuerung und Korrekturen bei der Energiewende.

Folgerungen aus der Pandemie

- **Es kann kein Zurück zu „alter Normalität“ der Vor-Krisenzeit geben:** Aktuelle fiskalische Spielräume sind eher Legende als Realität. Zwar haben nach 2014 erst der Bund, dann die Länder keine neuen Kredite aufgenommen, aber gleichzeitig hat der Staat dauerhafte neue Leistungen beschlossen und wachsende Verbindlichkeiten vor allem der Sozialversicherungen versteckt. Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich schon seit Jahren verschlechtert**.
- Sicherheit nur durch Absicherung ist eine Illusion: Unfassbare 1,2 Billionen Euro, die zur „Rettung“ aufgerufen wurden, sind sowohl Versprechen als auch Drohung: **Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen**. Die Gefahr ist groß, dass im Rahmen der umfassenden Rettung vieler Vorsorgende und Eigenverantwortliche faktisch bestraft und so

manche Hasardeure und Trittbrettfahrer belohnt werden. Der Staat weckt zudem Erwartungen, die er nicht erfüllen kann.

- **Die Kirche bleibt im Dorf:** Martialische Rhetorik soll die Entschlossenheit handelnder oder fordernder Politiker unterstreichen, wirft aber auch ein falsches Licht: Krieg? Wiederaufbau? Marshall-Plan? 2020 ist nicht 1945 – bei allem Erschrecken über die Pandemie sollten nicht die Maßstäbe verlorengehen.
- **Beurlaubung der Bürgerrechte:** Die Zufriedenheit mit dem staatlichen Handeln wird abnehmen, wenn Rechnungen zugestellt und Fehler offenkundig werden. Auch die Verhältnismäßigkeit mancher Reaktion und **zu wenig offen diskutierte Prioritätensetzungen sind zu hinterfragen**.
- Politik ist handlungsfähig: Die **Große Koalition hat sich als Regierungsbündnis bewährt**, obwohl – oder weil? – das Virus nicht im 177-seitigen Koalitionsvertrag stand. Bemühungen, exekutive und parlamentarische Tatenlosigkeit hinter Koalitionsverträgen, Komplexität oder anderen Ausreden zu verstecken, dürften nun etwas schwerer fallen.
- **Föderale Bewährung!?:** Der Föderalismus hat seinen Anteil an einer für Deutschland im Hinblick auf Gesundheit und menschliche Verluste relativ glimpflichen Entwicklung. Regional- und Kommunalpolitiker sollten den Rücken durchstrecken und ihre Handlungsmöglichkeiten stärken, nicht den „goldenen Zügel“.
- Ein **Lob der Bürokratie:** Verwaltung bedeutet beim Retten und im Sozialstaat Gerechtigkeit und trägt dazu bei, dass möglichst viele Hilfen Bedürftige eher als Findige erreichen. Die Sehnsucht nach dem „unbürokratischen“ Sozialstaat führt erst zu Fehlanreizen, am Ende droht das bedingungslose Grundeinkommen.
- Gesellschaftliche Spaltung verstärkt: **Verlierer U45**. Schon ohne Not belasteten Große Koalitionen 2014 und 2018 die unter 45-Jährigen, weil sie sich mit Rentenpaketen der Wählermehrheit über 55 andienen wollten. In der Not folgt ein Rettungsprogramm, das zwischen 2023 und 2040 getilgt werden soll und damit ebenfalls vor allem den Jüngeren auf die Füße fällt, die zudem gegen demographiebedingte Zusatzlasten ankämpfen müssen.
- **Sozial geht auch ohne Staat:** Das Wachstum des Anteils der Sozialausgaben am Bundeshaushalt ist nicht mehr durchzuhalten. Deutschland braucht wieder mehr Vorsorge statt Fürsorge, Aktivierung statt Ruhigstellung, subsidiäre Solidarität statt zentraler Absicherung.
- Europa und „Solidarität“: Italien kann auf Hilfe bauen. **Euro-Bonds aber bleiben auch in der Pandemie Unsinn** – und die Begriffe „Europa“ und „Solidarität“ sollten nicht zur Chiffre für frisches Geld auf Kosten anderer verkommen. Solange in Europa nationale Parlamente Geld ausgeben, stehen sie auch national dafür gerade.